



Formular CH@WORLD: **A754**

Schweizer Vertretung in: Tirana 512.0– GRC/MTI/WTT	
Land: Albanien	Datum der letzten Aktualisierung: 29.05.2018

Wirtschaftsbericht Albanien 2018

0. Zusammenfassung

Die Wirtschaftslage Albaniens hat sich 2017 im Vergleich zum Vorjahr leicht verbessert. Das Wachstum im Jahr 2017 lag bei 3.9%, was den Prognosen des IWF und der Weltbank entspricht.

Oberste Priorität Albaniens bleibt die **Integration in die EU**. Das Land hat 2014 den offiziellen Kandidatenstatus erhalten. Die Europäische Kommission empfahl im April 2018 die Eröffnung der Beitrittsverhandlungen, insbesondere aufgrund des guten Fortschritts bei der 2016 beschlossenen Justizreform. Die Kommission betonte jedoch ebenfalls, dass die Reformbemühungen in Albanien aktiv weitergeführt werden müssen.

Die **Arbeitslosenrate** ist bis Ende 2017 weiter auf 15.8% gesunken (2016: 16.9%). Allerdings sind diese Zahlen nur bedingt verlässlich, da die Schattenwirtschaft schätzungsweise 36% der Gesamtwirtschaft ausmacht.

Die **Staatsschulden** lagen 2017 bei 70.8% des Bruttoinlandprodukts (BIP), was einen weiteren Rückgang gegenüber den Vorjahren darstellt (71.9%).

Die **Inflation** erreichte 2017 2.1% und liegt damit am unteren Rande des Zielbands der albanischen Zentralbank von 3% (+/-1%).

Die **Wirtschaftsprognose** ist gemäss IWF und Weltbank in der Tendenz weiterhin positiv. So dürfte der wirtschaftliche Aufschwung von 2017 andauern. Für 2018 wird ein Wachstum von 3.8% erwartet.

Die mangelnde **Rechtsstaatlichkeit** und die weitverbreitete **Korruption** stellen weiterhin ein grosses Hindernis für ausländische Direktinvestitionen dar. Albanien liegt aktuell auf Platz 91 (83 im Vorjahr) von 180 im Index der Korruptionswahrnehmung von „Transparency International“.

Im Jahr 2017 fällt die Schweiz auf Platz 17 der wichtigsten **Exportländer** Albaniens zurück (2016 Platz 13). Mit einem Wert von lediglich 10.07 Mio. € machen albanische Exporte in die Schweiz einen Anteil von nur gerade 0.5% des gesamten Exportvolumen Albaniens aus.

Das **Importvolumen** aus der Schweiz nach Albanien lag 2017 bei einem Wert von 98.2 Mio. € (2016: 50 Mio. €). Somit steigt die Schweiz zum siebtwichtigsten Importland Albaniens auf, verglichen mit Rang 15 im Vorjahr.

1. Allgemeine Wirtschaftslage und Herausforderungen

Die albanische Wirtschaft verzeichnet im Berichtsjahr ein BIP-Wachstum von 3.9%. Die wichtigsten Impulse für dieses Wachstum haben die grossen Energie- und Infrastrukturprojekte gegeben. Die wichtigsten dieser Projekte bleiben, wie im Vorjahr, der Bau der Trans Adriatic Pipeline (TAP), der Staudamm von Devoll im Süden und die Wasserkraftwerke des türkisch-albanischen Konsortiums Ayen AS Energie im Norden. Der damit verbundene Ausrüstungsbedarf und Bauleistungen stellen einen beträchtlichen Teil der ausländischen Investitionen dar. Der Privatkonsum bleibt auch in diesem Berichtsjahr steigend und trägt seinen Anteil zum Wirtschaftswachstum bei. Weitere Investitionsprojekte im Bereiche Stromverteilung und Reduzierung der Netzverluste sind ein weiterer Wachstumsmotor. Für die kommenden Jahre ist mit einem erneuten BIP-Wachstum von 3.8 – 4 % zu rechnen. Fraglich ist derzeit, wie die grossen Investitionen (TAP, Devoll) nach deren Ende 2020 ersetzt werden können.

Trotz dieser Aufschwung gehört Albanien immer noch zu den ärmsten Ländern Europas. Das Bruttoinlandprodukt (BIP) pro Kopf betrug im Jahr 2017 4'312 US Dollar (kaufkraftbereinigt). Ungefähr 7% der Bevölkerung leben unter der Armutsgrenze (Pro-Kopf-Einkommen unter 60 USD/Monat oder weniger als 2,5 USD/ Tag). Der Mindestlohn im staatlichen Sektor liegt bei 24'000 ALL (knapp 210 CHF). Der Durchschnittslohn beträgt 46'000 ALL (ca. 420 CHF). Die Arbeitslosenrate lag 2017 bei 15.8%, wobei die Jugendarbeitslosigkeit (15-30 Jahre) mit 29% als relativ hoch zu bewerten ist. Die florierende Schattenwirtschaft (ungefähr 36% des BIP) relativiert die Aussagekraft dieser Angaben. Die Rimessen der albanischen Diaspora betragen 9% des BIP.

Wichtigste Wirtschaftssektoren bleiben, wie in den vergangenen Jahren, der Tourismus und die Landwirtschaft, die jeweils 26% beziehungsweise 22% des BIP generieren. Zudem ist die albanische Wirtschaft stark durch Handel und Dienstleistungen geprägt. Wichtige Sektoren sind die Textil- und Schuhindustrie (hauptsächlich italienische Firmen), Telekommunikation und Bergbau. Die Elektrizitätsproduktion verzeichnet im Berichtsjahr einen Rückgang um 36.6% im Vergleich zum Vorjahr, was auf einen geringen Niederschlag und die starke Abhängigkeit von Wasserkraft zurückzuführen ist. Ferner verfügt Albanien über zahlreiche Rohstoffe wie Kupfer, Chrom, Nickel, Kohle sowie Erdgas und Erdöl. Das Potential, Energie durch Wasserkraft zu gewinnen, ist weiterhin beträchtlich.

Die regierende Sozialistische Partei hat die Parlamentswahlen vom 25. Juni 2017 klar gewonnen, womit die mehrmonatige Phase der politischen Instabilität beendet wurde. Die Prioritäten der neuen Regierung sind die Reduzierung der öffentlichen Schulden auf 60% des BIP in den nächsten 4 Jahren und die Steigerung der Investitionen auf 5% des BIP. Zudem bleiben die Bekämpfung der informellen Wirtschaft und Leistungsverbesserung der Steuer- und Zollbehörden weiterhin prioritär. Strategische Privatisierungen sind auch in diesem Jahr nicht zu verzeichnen.

Der Leitzins der Zentralbank bleibt mit 1,25% unverändert tief. Die neu verabschiedeten Gesetze zur Förderung ausländischer Direktinvestitionen haben bislang nicht die erhofften Effekte gebracht. Es wird zurzeit mit Schweizer Unterstützung ein neues Gesetz über strategische Investitionen erarbeitet. Allerdings behindern unklare Eigentumsverhältnisse, Rechtsunsicherheit und Korruption auf fast allen Verwaltungsstufen (zentral und lokal) weiterhin ausländische Investitionen. Im Korruptionswahrnehmungsindex von „Transparency International“ ist Albanien mit 38 (39 im Vorjahr) von maximal 100 Punkten sogar auf Platz 91 (83 im Vorjahr) von insgesamt 180 Staaten zurückgefallen.

Die 2009 von der jetzigen Opposition beschlossene Einheitsteuer („Flat Tax“) von 10% für Unternehmensgewinne und Einkommenssteuern hat die sozialistische Regierung durch ein progressives Steuersystem ersetzt. Die Mehrwertsteuer bleibt bei 20%, während jene für den Tourismus (Hotelübernachtungen) auf 6% reduziert wurde. Die Zentralbank betreibt eine vorsichtige Geldpolitik. Die Verbesserung der Bankenaufsicht hat Banken von ausländischen, meistens griechischen und italienischen Mutterhäusern tendenziell unabhängiger gemacht. Die notleidenden Kredite haben mit einem Anteil von 15.5% des gesamten Ausleihvolumens im Berichtsjahr ihren Tiefpunkt der letzten 6 Jahren erreicht (20% im Vorjahr). Sie bleiben jedoch weiterhin vergleichsweise hoch und bilden eine gewisse Gefahr für die albanische Wirtschaft.

2. Internationale und regionale wirtschaftliche Abkommen

2.1 Politik und Prioritäten Albanien

Die **Integration in die EU** bleibt die Hauptpriorität Albanien, was die Innen- und Aussenpolitik des Landes massgeblich beeinflusst. Im Juni 2014 wurde Albanien der EU-Kandidatenstatus verliehen. Die im EU Fortschrittsbericht vom Oktober 2014 definierten fünf Bereiche, in denen Reformen hauptsächlich nötig sind, bleiben unverändert:

- 1) Verbesserung der öffentlichen Administration
- 2) Verbesserung des Justizsystems
- 3) Kampf gegen die Korruption
- 4) Kampf gegen das organisierte Verbrechen
- 5) Verbesserung des Schutzes der Menschenrechte, insbesondere in Bezug auf die Roma

Diese Prioritäten wurden im Fortschrittsbericht vom April 2018 bestätigt. Die EU-Kommission empfiehlt die Eröffnung der Beitrittsverhandlungen mit Albanien aufgrund des erreichten Fortschritts. Die **Umsetzung und Fortführung der Reformen** (Justiz, Antikorruption, Dekriminalisierung, Bildungssystem) bleibt eine Herausforderung für die Regierung. Die Parlamentswahl vom 25. Juni 2017 hat eine mehrmonatige Phase politischer Instabilität im Land beendet. Die regierenden Sozialisten unter Ministerpräsident Edi Rama haben die Wahl klar gewonnen und regieren seither ohne Koalitionspartner. Problematisch bleibt weiterhin die mangelnde Rechtsstaatlichkeit, was sich negativ auf das Investitionsklima auswirkt. Die Justizreform ist und bleibt eine der grössten Herausforderungen für das Land, nicht nur für die eigenen Bürger und Unternehmen, sondern ist insbesondere auch entscheidend für die Attraktivität ausländischer Investitionen und für die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Die aktuelle Regierung versucht - im Rahmen der politischen Möglichkeiten - die Verfahren zu beschleunigen, das Vertrauen der Investoren zu stärken und die Rechtssicherheit zu gewährleisten.

Im Rahmen des **Instruments für Heranführungshilfe (IPA)** der EU ist für die Periode von 2014-2020 finanzielle Unterstützung in einer Höhe von 650 Millionen € vorgesehen. Im Mai 2016 wurde ausserdem die „Adriatic-Ionian Regional Strategy“ der EU lanciert, welche eine umfassende regionale Entwicklung in den Bereichen Umwelt, Transport und Tourismus anstrebt. Das gesamte Engagement der EU bleibt im Rahmen der im Februar 2018 veröffentlichten «Strategie für eine glaubwürdige Erweiterungsperspektive für den Westbalkan» in den nächsten Jahren stark.

Die **Weltbank** hat im Mai 2015 das „Country Partnership Framework for Albania 2015-2019“ verabschiedet. Darin ist die Gewährung von Darlehen in einer Höhe von 1.2 Milliarden USD über einen Zeitraum von fünf Jahren vorgesehen. Als Hauptziele werden ein angemessenes Wirtschaftswachstum sowie die Integration in die EU genannt. Das Programm legt den Fokus auf drei Hauptbereiche: 1) Wiederherstellung des makroökonomischen Gleichgewichts; 2) Schaffung von Bedingungen für ein beschleunigtes Wachstum des privaten Sektors; 3) Stärkung der Verwaltung und der Dienstleistungserbringung im öffentlichen Sektor.

Die **Europäische Bank für Entwicklung und Wiederaufbau EBRD** ist in Albanien mit 79 Projekten und einem Totalinvestment von 992 Mio. € vertreten. In 2017 betrug das Investitions-Portfolio 422 Mio. €, vorwiegend in den Sektoren Infrastruktur, Energie und im Finanzsektor.

Als Mitglied des **Internationalen Währungsfonds (IWF)** profitierte Albanien von Februar 2014 bis Februar 2017 im Rahmen der Erweiterten Fondsfazilität (Extended Fund Facility) von finanzieller Unterstützung in einer Höhe von 370 Mio. €. Dieses IWF-Programm zielte darauf ab, Reformen im Hinblick auf die Senkung der Staatsverschuldung zu unterstützen. Die Staatsschulden konnten dadurch seit 2015 um 1,2% auf 70,8% gesenkt werden. Ob das bestehende Abkommen verlängert wird, oder allenfalls ein neues abgeschlossen wird, ist derzeit offen. Der IWF empfiehlt nach wie vor eine Senkung der Staatsverschuldung und der notleidenden Darlehen sowie die Umsetzung von Reformen zur Verbesserung des Investitionsklimas.

Finanzpolitische Priorität der Regierung ist die Konsolidierung des Budgets, die Senkung des Staatsdefizits, die Kontrolle der Inflation sowie die Bekämpfung der Schattenwirtschaft. Der IWF

fordert die albanische Regierung zu einer besseren Kontrolle der Ausgaben und einer Erhöhung der Einnahmen auf. Gleichzeitig haben strukturelle Reformen, Beschäftigung und die Steigerung der Direktinvestitionen hohe Priorität.

2.2 Perspektiven für die Schweiz (Diskriminierungspotential)

Gestützt auf die geltenden Abkommen zwischen der Schweiz und Albanien sind der Schweizer Botschaft in Tirana keine Fälle bekannt, bei denen Schweizer Investoren oder Exporteure offen oder gezielt diskriminiert werden. Der **schwache Rechtsstaat, Probleme mit Korruption und der grosse informelle Sektor** (geschätzt auf über 30%) beeinflussen das Wirtschafts- und insbesondere das Investitionsklima negativ, was sich auch negativ auf die Investitionsfreudigkeit Schweizer Unternehmer in Albanien auswirkt.

Den ersten Handelsvertrag hatte die Schweiz mit Albanien bereits 1929 abgeschlossen. Zurzeit bestehen folgende wirtschaftsrelevante Abkommen:

- Abkommen über die Förderung und gegenseitigen Schutz von Investitionen, 22.09.1992
- Abkommen über Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit, 12.11.1999
- Abkommen über den Luftlinienverkehr, 09.05.2007
- Abkommen über die technische, finanzielle und humanitäre Zusammenarbeit, 11.05.2007
- Abkommen über die Personenbeförderung und die Gütertransporte auf der Strasse, 30.09.2008.
- Zusatzprotokoll zum Doppelbesteuerungsabkommen, 09.09.2015

Daneben gibt es verschiedene projektspezifische Verträge zwischen den beiden Ländern, welche die technische Zusammenarbeit betreffen.

3. Aussenhandel

3.1 Entwicklung und allgemeine Perspektiven

2017 nahmen die Exporte Albaniens um 14.6% zu und die Importe stiegen um 10.5%. Wichtigste Handelspartner Albaniens sind die EU-Länder, die rund 93% der Exporte und 81% der Importe Albaniens ausmachen. Insgesamt standen sich im Berichtsjahr Importe von 4.707 Mrd. € und Exporte von 2.052 Mrd. € gegenüber, was ein beträchtliches Handelsdefizit ergibt.

Importseitig bleibt Italien das Hauptpartnerland mit einem Anteil von 28.6% der Importe, gefolgt von Türkei und Deutschland mit jeweils 8.1%, Griechenland mit 8%, Serbien mit 4% und Spanien mit 2.2%. Albanien importiert hauptsächlich Maschinen und Ausrüstungen (21%), Verbrauchsgüter (17%), Kraftstoffe, Strom und Mineralien (14%) sowie chemische Erzeugnisse (14%).

Die Hauptexportmärkte von Albanien sind Italien mit 53.5%, Kosovo mit 7.7 %, Spanien mit 5.5% und Griechenland mit 4.3%. Hauptexportprodukte sind Textilien und Schuhe (43%), Kraftstoffe, Strom und Mineralien (16%) sowie Baumaterialien ebenfalls (13%). Die restlichen Ausfuhren Albaniens (Lebensmittel, chemische Produkte, Lederwaren) blieben auf bescheidenem Niveau.

3.2 Bilateral Handel

Wie in den vergangenen Jahren bestehen Perspektiven für Schweizer Exporteure insbesondere in den Branchen Pharma, Energie, Lebensmittel, Baugewerbe und Umwelttechnik. Während Firmen wie Roche, Novartis und Sandoz seit Ende der 1990er Jahre in Albanien vertreten sind, entstanden in den letzten Jahren Vertriebspartner oder Niederlassungen von Schulthess, Georg Fischer, Gerberit, Liebherr, Sika, Hilti und Ivoclar-Vivadent (beide Liechtenstein), Chicco d'Oro und Swatch. Im Energiehandel sind bekannte Schweizer Gesellschaften wie Alpiq und Axpo auf dem albanischen Markt präsent. Der bedeutendste ausländische Stromlieferant in Albanien ist das in St. Gallen eingetragene schweizerisch-britische Konsortium „Energy Financing Team“.

Gemäss Angaben von INSTAT betragen die albanischen Exporte in die Schweiz im Jahr 2017 10 Mio. €, was lediglich 0.5% des Exportvolumens von Albanien ausmacht. Somit figuriert die Schweiz

nur an 17. Stelle unter den albanischen Exportmärkten (Vorjahr Stelle 13). Demgegenüber betragen die albanischen Importe aus der Schweiz 98 Mio. €. Damit zählt die Schweiz weiterhin zu den 10 wichtigsten Importmärkten Albaniens. In diesem Zusammenhang ist auch zu beachten, dass das statistische Amt Albaniens (INSTAT) von deutlich höheren Zahlen als die Eidgenössische Zollverwaltung (EZV) ausgeht.

4. Direktinvestitionen

4.1 Entwicklungen und allgemeine Perspektiven

Das Investitionsklima in Albanien bleibt trotz Reformen schwierig. Haupthindernisse für ausländische Investoren bilden die Rechtsunsicherheit, unklare Eigentumsverhältnisse, eine relativ hohe Steuerbelastung und ein kompliziertes Steuerverfahren, mangelnde Transparenz sowie die weit verbreitete Korruption. Zudem ist Albanien als Investitionsstandort regional starker Konkurrenz ausgesetzt. Aus China und der Türkei sind gewisse Investitionen im Transport-, Tourismus- und Energiebereich in Planung, welche zu einem Anstieg von ausländischen Direktinvestitionen in den nächsten Jahren führen könnten.

4.2 Bilaterale Investitionen

Das zurzeit grösste Vorhaben einer schweizerischen Gesellschaft, sowie momentan grösste ausländische Direktinvestition, besteht im Bau der Erdgasleitung „**Trans-Adriatic-Pipeline**“ (**TAP**), die Erdgas aus Aserbaidschan via Griechenland und Südalbanien nach Westeuropa bringen soll. Die TAP-Route in Albanien beträgt 215 Km über Land und 37 Km im Meer und mündet bei Fier in die Adria. Die TAP AG in Baar ZG unterhält seit Mitte 2009 ein Büro in Tirana. Axpo ist mit 5% an TAP beteiligt mit dem Ziel, die Axpo-Kraftwerke in Italien und in der Schweiz mit Erdgas zu versorgen. Ein kleiner Teil des Transitvolumens soll Albanien nutzen können. Dazu wird der Aufbau eines Gasmarktes in Albanien unterstützt. Die Bauarbeiten haben in April 2015 begonnen und Ende 2017 ist über 78% des Bauvolumens abgeschlossen. Neben dem Bau der Pipeline hat TAP mehr als 14 Millionen € für die Sanierung und den Ausbau von 58 Km Landstraßen in den Regionen Korça, Berat und Fier investiert, wodurch rund 600 Arbeitsplätze geschaffen wurden. Bis zur Schlussphase des Projekts werden weitere 120 km Straßen renoviert.

Im Tourismusbereich hat die Investorengruppe Finsec AG aus Zug im April 2011 die Konzession für die Erstellung einer touristischen Jacht-Hafenanlage bei Kavaja erhalten. Der Baubeginn erfolgte im Oktober 2014, geht jedoch mit langsamen Schritten voran. Im Bereich der technischen Fahrzeugüberprüfung erhielt die Genfer SGS S.A. Mitte 2010 den Zuschlag für die Übernahme der 14 Testzentren des Landes wie auch für die Errichtung einer neuen Kontrollstelle für Lastwagen mit einem Investitionsvolumen von über 40 Mio. €. Daneben ist die SGS in der Qualitätssicherung von Produkten wie Erdöl und Mineralien aktiv und beschäftigt über 125 Angestellte vor Ort. Im Weiteren gewann der Lausanner Sicherheitsdruckfarbenhersteller Sicpa S.A. im Februar 2011 die Ausschreibung des Finanzministeriums für die Herstellung der albanischen Abgabemarken (z.B. für Alkohol und Zigaretten).

5. Förderung von Handel, Wirtschaft und Tourismus

5.1 Instrumente der Aussenhandelsförderung

Es liegt im Interesse der Schweiz, einen Beitrag zu Albaniens wirtschaftlicher Prosperität und Stabilität zu leisten. Ein wichtiges Instrument dazu bildet das Kooperationsprogramm der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) und des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO). Das Budget wird mit der neuen Kooperationsstrategie 2018-2021 im Durchschnitt auf ungefähr 25 Mio. CHF pro Jahr erhöht. Teile des DEZA-Programms konzentrieren sich auf die Stärkung der Gemeindeverwaltungen Albaniens zur Verbesserungen von deren Dienstleistungen, was sich mittelfristig auch positiv auf die (lokale) Wirtschaft auswirken. Demgegenüber unterstützen Massnahmen im Bereich der Berufsbildung den verbesserten Zugang der Jugendlichen zum Arbeitsmarkt und haben damit einen direkten Einfluss auf die Wirtschaftsentwicklung. Das SECO fördert KMUs, u.a.

durch die Stärkung des Unternehmertums, die Verbesserung makroökonomischer Rahmenbedingungen sowie einzelner Elemente des Geschäftsumfelds (wie z.B. Verbesserung des Steuerwesens, Förderung des Zugangs zu Krediten sowie Erleichterung des Zugangs zu internationalen Märkten).

Im Weiteren werden SECO-Mittel auch im Energiesektor eingesetzt, insbesondere im Bereich der Staudammsicherung an den beiden grössten Fluss-Kaskaden, welche rund 90% des heimischen Stroms liefern. SECO unterstützt den Aufbau des Gas-Netzbetreibers Albgaz. Dies ist ein wichtiger Beitrag zur Entwicklung des Gassektors in Albanien. Mithilfe SECO-finanzierter Expertise soll ein bestehendes Wärmekraftwerk in Zukunft mit Gas aus der Trans-Adriatic Pipeline betrieben werden. Dies trägt zur Diversifizierung der Energieversorgung und damit auch der Energiesicherheit im Lande beitragen.

Das schweizerische Importförderungsprogramm (SIPPO) des SECO unterstützt derzeit albanische Exporteure in den Bereichen der natürlichen Zutaten (medizinische und aromatische Pflanzen), der hochwertigen Textilien und des nachhaltigen Tourismus. Dieses Programm arbeitet u.a. mit der albanischen staatlichen Standort- und Exportförderungsagentur AIDA zusammen.

Der ebenfalls vom SECO unterstützte Investitionsfonds SIFEM (Swiss Investment Fund for Emerging Markets) hatte per Ende 2016 knapp 20 Mio. € (2%) seines Portfolios in Unternehmen investiert, die in Albanien aktiv sind (u.a. in CredinsBank). Der Fonds hat zum Ziel, die nachhaltige Wirtschaftsentwicklung in Schwellenländern zu fördern.

Das private Schweizer Hilfswerk „Swiss Foundation for Innovation“ (SFI) ist seit Anfang der 1990er Jahre in Albanien tätig. Neben Aufbauarbeit im Gesundheits-, Sozial- und Bildungswesen engagiert sich SFI zunehmend in der Wirtschaftsförderung. So unterhält SFI einen Schreinerei-Lehrbetrieb, in dem Kurse und Seminare zur Ausbildung von Handwerkern, Lehrlingen und KMU-Leitern angeboten werden.

Die schweizerisch-albanische Handelskammer SWISSA wurde im September 2017 gegründet. Ihre Aktivitäten bleiben bislang, trotz Unterstützung der Botschaft, auf bescheidenem Niveau. Die Handelskammer Schweiz-Mitteuropa SEC mit Sitz in Zürich ist eine Anlaufstelle für Schweizer Unternehmen, die an Wirtschaftsbeziehungen mit Albanien interessiert sind. Zudem ist auch der Verein Schweiz-Albanien, der 2007 im Kanton St. Gallen gegründet wurde, im Bereich der bilateralen Wirtschafts- und Kulturförderung aktiv. Die Schweizer Botschaft in Tirana führt regelmässige Networking-Anlässe mit den rund 30 in Albanien ansässigen Schweizer Firmen durch.

Neben der Schweiz sind auch andere Länder am Aufbau der albanischen Wirtschaft im Rahmen bilateraler Zusammenarbeit beteiligt.¹ So führt zum Beispiel die deutsche GIZ Projekte zur Förderung von KMUs sowie des Tourismussektors durch, während die amerikanische USAID ein Kompetenzzentrum für Handels- und Investitionsförderung aufgebaut hat und den albanischen Agrarexport unterstützt. Auch Italien ist mit zahlreichen Massnahmen im Bereich Infrastrukturausbau und in der Unterstützung der KMUs in Albanien engagiert. Seitens der Vereinten Nationen wirken UN-ESCO und UNDP bei Vorhaben mit, welche zur Stärkung des zukunftssträchtigen Tourismussektors beitragen.

5.2 Interesse des Residenzlandes für die Schweiz

Obwohl albanische Staatsangehörige seit Dezember 2010 aufgrund der Visa-Liberalisierung für den Schengener Raum visumsfrei einreisen können, ist die Anzahl Albaner, welche Ferien in der Schweiz machen klein. Derzeit kann sich nur ein kleiner Teil der Bevölkerung touristische Aufenthalte in der Schweiz leisten. Die Schweiz geniesst in Albanien hohe Wertschätzung und einen guten Ruf. Das finanzielle Potential albanischer Firmen für Investitionen im Ausland und in der Schweiz liegt auf einem eher bescheidenen Niveau. Dies dürfte sich auch für die kommenden Jahre nur langsam ändern.

¹ Geberländer wie UK und NL haben sich 2010 aus der bilateralen Kooperation zurückgezogen; die USA, D, I, S und A bleiben weiterhin wichtige Akteure auf diesem Gebiet.

5.3 Nützliche Internet-Links

Agency of Public Procurement	http://www.app.gov.al
Central Bank of Albania	http://www.bankofalbania.org
Albanian Association of Banks	http://www.aab.al
Union of Chambers of Commerce of Albania	http://www.uccial.al
Albanian Investment Development Agency	http://www.aida.gov.al
Authority of Financial Surveillance	http://www.amf.gov.al
General Department of Customs	http://www.dogana.gov.al
Confederation of Albanian Industries, Konfindustria	http://www.konfindustria.org.al
Foreign Investors Association of Albania	http://www.fiaalbania.com
Albanian Development Fund	http://www.albaniandf.org
Government of the Republic of Albania	http://www.kryeministria.al
Center of Official Publications	http://www.qbz.gov.al
Albanian Hotels Guide	http://www.united-albania.com
Institute for Development Research & Alternatives	http://www.idra-al.org
National Centre of Registration (Handelsregisteramt)	http://www.qkr.gov.al/nrc/default1.aspx
Albanian Agency for Natural Resources	http://www.akbn.gov.al
Municipality of Tirana	http://www.tirana.gov.al
OSCE Albania	http://www.osce.org/albania
Swiss Foundation for Innovation	http://www.swissfoundation-sfi.org
Statistical Institute of Albania	http://www.instat.gov.al
Trans-Adriatic-Pipeline	http://www.trans-adriatic-pipeline.com
Tirana Stock Exchange	http://www.tse.com.al
UNDP Albania	http://www.undp.org.al
Central European Free Trade Agreement (CEFTA)	http://www.ceftatradeportal.com
European Bank for Reconstruction and Development	http://www.ebrd.com/albania.html
IMF Albania	http://www.imf.org/external/country/ALB/
UNESCO Albania	http://whc.unesco.org/en/statesparties/AL
World Bank Albania	http://www.worldbank.org/al
Tirana International Airport	http://www.tirana-airport.com.al/